

Amts- und Anzeigebblatt

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

für den

Erscheint

wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinpaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

N 67.

52. Jahrgang.

Donnerstag, den 8. Juni

1905.

Zwangsversteigerung.

Das im Grundbuche für Schönheide Blatt 999 auf den Namen **Richard Schneider**, Schornsteinfegermeister in Schönheide eingetragene Grundstück soll am **28. Juni 1905, vormittags 10 Uhr**

im Rathause zu Schönheide im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Das Grundstück ist nach dem Flurbuche — Sektor 4, Nr. groß und auf 15 040 M. Pfl. geschätzt. Es besteht aus dem Flurstück Nr. 474 des Flurbuchs, ist mit 128,21 Steuerereinheiten belegt und mit einem Wohnhause Nr. 41 B des Brandversicherungskatasters bebaut. Die Brandversicherungssumme beträgt 14 700 M.

Die Einsicht der Mitteilungen des Grundbuchamts sowie der übrigen das Grundstück betreffenden Nachweisungen, insbesondere der Schätzungen, ist Jedem gestattet.

Rechte auf Befriedigung aus dem Grundstück sind, soweit sie zur Zeit der Eintragung des am 1. Mai 1905 verlaublichen Versteigerungstermines vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls die Rechte bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Ansprüche des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden würden.

Jedem, der ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder die einstweilige Einstellung

des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlöse an die Stelle des versteigerten Gegenstandes treten würde.
Eibenstock, den 3. Juni 1905.

Königliches Amtsgericht.

Im Handelsregister des Königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist heute auf Blatt 273 eingetragen worden:

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Richard Paul Seidel führt das Handelsgewerbe als Alleinhaber fort.
Eibenstock, den 2. Juni 1905.

Königliches Amtsgericht.

Auf das Jahr 1904 sind die Beiträge zur land- und forstwirtschaftlichen Berufsvereinsvereins für das Königreich Sachsen durch Beschluß der Genossenschaftsversammlung auf 4,00 Pfennig für jede beitragspflichtige Steuereinheit festgesetzt worden. Es wird hienächst dem Bemerkten bekannt gemacht, daß das hiesige Unternehmerverzeichnis vom 8. Juni 1905 ab 2 Wochen im Gemeindevorstand — Rathaus, Obergeschloß, Zimmer Nr. 10 — zur Einsicht für die Beteiligten ausliegen wird.
Schönheide, am 5. Juni 1905.

Der Gemeinderat.

Sozialdemokraten als Arbeitgeber.

So oft von bürgerlicher Seite in der Presse und im Reichstage den Sozialdemokraten die jämmerlichen Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Lagerhalter bei den sozialdemokratischen Konsumvereinen vorgehalten wurden, versuchte man diese Angaben für unwahr oder stark übertrieben zu erklären, obgleich sie Berichten der sozialdemokratischen Presse aus Versammlungen dieser Art entnommen waren. Der in diesen Tagen in Köln abgehaltene Gewerkschaftskongress hat sich das Verdienst erworben, ein solches Abstreiten für die Zukunft unmöglich zu machen.

Die Generalkommission hatte dem Reichstagsabgeordneten von Elm, der als Leiter der Tabakarbeitergenossenschaft in Hamburg zu den ältesten Vorkämpfern der Konsumvereinsbewegung zählt, mit dem Bericht über diesen Punkt der Tagesordnung die Aufgabe übertragen, das Mißtrauen der Gewerkschaftler zu zerstreuen und sie für eine Unterstützung der sozialdemokratischen Bestrebungen zu gewinnen. Er unternahm unter Berufung auf statistische Erhebungen den Versuch, die Versammlung davon zu überzeugen, daß die genossenschaftliche Organisation schon heute nicht nur für die Konsumanten, sondern auch für die Arbeitnehmer und Angestellten einen gewaltigen Fortschritt gegenüber der Privatindustrie bedeute. Freilich bezog er dies nur auf die Hälfte der Vereine und Betriebe; aber fast alle die zahlreichen Redner, die als Vertreter der Organisation der Handels- und Transportarbeiter, der Schuhmacher, Bäcker, Lagerhalter, Glasarbeiter nach ihm das Wort nahmen, bestritten aufs entschiedenste die Richtigkeit seiner Angaben auch bezüglich dieser Hälfte und portierten mit einer Schilderung der Arbeits- und Lohnverhältnisse auf, die in immer steigendem Maße den Unwillen der Versammlung weckte.

Selbst der Abgeordnete von Elm mußte folgendes zugeben: Die geringsten Löhne werden dort gezahlt, wo die Mitglieder die höchsten Dividenden erhalten. (Hört! hört!) Ein Verein gibt 15 Proz. Dividende und zahlt seinen Lagerhaltern 55,00 M. monatlich. (Hört! hört!) Ein anderer Verein zahlt noch höhere Dividende und gibt dem Lagerhalter 15 M. wöchentlich bei einer Arbeitszeit von 6 bis 9 Uhr im Sommer und von 7 bis 9 Uhr im Winter. (Hört! hört!) Wo die Arbeiter als Arbeitgeber auftreten, sollen sie ihren Arbeitgebern ein besseres Beispiel geben. (Sehr richtig!) So heißt es wörtlich im Bericht des „Vorwärts“.

Dem sozialdemokratischen Hauptblatte sind auch folgende Sätze entnommen: „Lüpfen-Hamburg (Bauarbeiter) beklagt sich darüber, daß die Konsumvereine bei Errichtung von Bauten in den Submissionsbedingungen keine Rücksicht auf die Arbeiter nehmen. Der Redner beschäftigt sich dann mit einer Notiz der „Leipziger Volkszeitung“, die vom Geschäftsführer Johannes des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz herrührt. In ihr sei wahrheitswidrig behauptet, daß die Bauarbeiter nur deshalb höhere Forderungen gestellt hätten, weil es sich um einen Bau des Konsumvereins gehandelt habe. . . Pösch-Weiß (Lagerhalter) bringt Beschwerden seiner Berufsgenossen vor: Lange Arbeitszeit, geringe Löhne, Nichtfreigabe des 1. Mai und vor allem unzureichende Krankengelder. . . Boll-Hamburg beklagt sich über die Preisdrückerei in Konsumvereinen, die sie dazu führe, ihre Waren in Fabriken zu kaufen, die ihre Arbeiter bedrücken“ . . .

Auf dem Gewerkschaftskongress in Köln lehrten also alle Klagen und Angriffe, die von den Sozialdemokraten in Presse und Parlament und von den Führern der Gewerkschaften bei der Vorbereitung und Führung von Lohnkämpfen gegen die Arbeitgeber in der Privatindustrie und gegen die Leitung von Staatsbetrieben gehäuft werden, in verstärkter Form wieder: Hungerlöhne, überlange Arbeitszeiten, schroffe Ablehnung der Arbeiterforderungen, Nichtanerkennung der Organisation, Tarifverträge, ja sogar Ausschluß der organisierten Arbeiter aus dem Betriebe wurden als die Regel bezeichnet. Die schärfsten Worte fielen gegen die Verwaltung der großen Konsumgenossenschaften in Hamburg und Leipzig, wo die rötteste Sozialdemokratie zu Hause sei.

Das ist die Arbeiterfreundlichkeit der Sozialdemokratie im praktischen Leben! Wer Augen hat zu sehen, der sehe!

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser hat dem Reichskanzler Grafen Bülow die Fürstwürde verliehen. Schon zweimal ist von einer solchen Auszeichnung die Rede gewesen. Sowohl nachdem der Zolltarif vom Reichstag angenommen worden war, wie nach der parlamentarischen Erledigung der Handelsverträge scheint der Kaiser dem Kanzler die Fürstwürde zugeordnet zu haben. Graf Bülow zeigte eine feinfühligkeitsvolle Rücksicht für die populären und die politischen Stimmungen, indem er bei diesen Anlässen seine Person nicht in so auffälliger Weise geehrt zu zeigen wünschte. Waren doch beide Siege nur unter sehr heftigen Kämpfen, gegen äußerst starke Minoritäten zustande gekommen. Die wirtschaftlichen Gegensätze werden, so oft sie aufeinander stoßen, immer unerfreuliche Bilder zeitigen, die wir gern vergessen, sobald ruhiger Zeiten kommen. So verdienstvoll seine Arbeit war, Graf Bülow wird nicht gewünscht haben, an die Zolltarif- und Handelsvertrags-Kampagne öfters als nötig erinnert zu werden. Wie herzerquickend wird es ihm dagegen sein, wenn in künftigen Zeiten die Fürstwürde ihm immer wieder jene Tage vor Augen ruft, da zum ersten Male ein deutscher Kronprinz Hochzeit gefeiert hat. Inmitten einer von äußerem Glanz und wärmster Herzlichkeit getragenen Feier lohnt Kaiser Wilhelm auf die dem Monarchen eigene Weise dem Kanzler die von ihm geleisteten Dienste. Er bezeichnet ihn nun neuem als den Mann seines persönlichen Vertrauens, läßt ihn gewissermaßen einige der Stufen, die zum Throne führen, emporsteigen und so noch näher zur Person des Herrschers gelangen.

— Berlin, 6. Juni. Der Einzugstag des Kronprinzlichen Paares am Sonnabend in Berlin ist glänzend verlaufen, kein Miston trübte die Freude, überall herrschte unendlicher Jubel. Mit überwallender, ungeheurer, aufrichtiger Herzlichkeit empfingen die Berliner ihre nunmehrige Kronprinzessin. Am Sonntag Abend brachten 4000 Studierende der sechs Berliner und Charlottenburger Hochschulen dem Brautpaar einen Fackelzug. Mit dem Yorkischen Marsche bewegte sich der Zug, worin zahlreiche Kapellen sich befanden, wie eine feurige Riesenschlange von den Linden her zum Schloß. An den Fenstern der Prunkgemächer erschienen die Gäste des Kaiserpaars, auf dem Balkon die Majestäten mit dem Brautpaar, bei deren Anblick sich die Chorgliedern in den Wagen erhoben und die Fahnen sich lenkten. Der Zug dauerte eine Stunde. Am Montag vormittag 11 Uhr empfingen der Kronprinz und die Herzogin Cecilie in Gegenwart der Kaiserin im Schloße die Deputationen der deutschen Großstädte und Korporationen. Abends fand beim Kaiserpaar Festmahl statt, an welcher die anwesenden Fürstlichkeiten teilnahmen. Bei prächtigem warmen Wetter, wie es diese ganzen Tage herrscht, wurde sodann heute nachmittag die Vermählung des hohen Paares im königlichen Schloße zu Berlin mit einer Reihe von Feierlichkeiten vollzogen, deren Umfang und Ordnung Allerhöchst bestimmt worden waren. Oberhofprediger D. Dreyer hielt die Traureden über den vom Kaiser gewählten Text aus dem Buch Ruth „Wo Du hingehst, will ich auch hingehen, wo Du bleibst, da bleibe ich auch. Dein Volk ist mein Volk, Dein Gott ist mein Gott.“ Nach der Trauung begaben sich die Majestäten und die höchsten Herrschaften in feierlichem Zuge nach dem Ausbau der Bildergalerie, um daselbst dem hohen Brautpaar ihre Glückwünsche abzusprechen. Nach der Desfiliercour fand im Rittersaale Souper an der königlichen Zeremonientafel statt. Der Kaiser brachte die Gesundheit des hohen Paares in längerer, überaus herzlicher Ansprache aus, welche auf alle Anwesenden tiefen Eindruck machte. In den anderen Prunkräumen waren weitere Tafeln bezw. Buffets aufgestellt. Im Marineaal und in den Königinnentammern speisten die Botschafter mit ihren

Gemahlinnen, der Reichskanzler und die Fürstin Bülow, die Mitglieder der außerordentlichen Missionen nebst ihren Damen, die Gesandten usw.

— Das gegenwärtige Vermögen der Sozialdemokratischen Partei berechnen die Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Nationalliberalen Partei auf 827 157 Mark. Der Kriegsschatz der Sozialdemokratie hat also eine Höhe erreicht, die vermutlich wesentlich über die Summe der Kriegsmittel aller bürgerlichen Parteien emporragt. Dabei ist dieser Schatz keineswegs der einzige „Juliussturm“ der Sozialdemokratie. Abgesehen von verschiedenen Erbschaften und Schenkungen, die stiftungsgemäß der persönlichen Verwaltung unterstellt sind, sammeln ja die Gewerkschaften noch ganz andere Reservefonds, auf die bei den parteipolitischen Kämpfen leicht zurückgegriffen werden kann.

— Rußland. Petersburg, 5. Juni. Die „Nowoje Wremja“ erklärt, Rußland sei erst dann als besiegt zu betrachten, wenn die Japaner in die Ostsee gekommen und Kronstadt in der Ostsee besetzt hätten. Rußland habe noch viele Mittel, um die Fehler seiner Regenten gut zu machen und seine Großmachtstellung zu wahren. Hierzu solle der Semski Sobor verhelfen. Die „Wjedemosi“ sagen, an Frieden könne nicht gedacht werden. Ueber ganz Rußland müsse der Belagerungszustand verhängt, die Kriegssteuern erhoben, die inneren Wirren unterdrückt und zu diesem Zwecke eine Militärdiktatur errichtet werden. Falls an Stelle des Selbstherrschers Volksvertreter kämen, würde Rußland ebenso zugrunde gehen wie das Geschwader: Roschjenskiensky. Die „Naschan-Schija“ nennen folgende Bedingungen, unter denen der Frieden annehmbar erscheine: Abtretung Kwantung, die Räumung der Mandschurei, die Neutralisierung der manchurischen Bahn, deren Wert Rußland zu erstatten wäre, Anerkennung der japanischen Souveränität Koreas und die Abtretung von Sachalin.

— Petersburg, 6. Juni. Eine hohe Persönlichkeit, die dieser Tage am Jarenhofe in Jaroslaw-Sjelo weilte, erklärte, die dortige Stimmung anlässlich des furchtbaren Unglücks in der Koreastraße sei naturgemäß tieftraurig, doch herrsche nicht ein Moment Zweifel darüber, was nun zu tun sei. Der Krieg wird unter allen Umständen fortgesetzt. Irigendwelche Friedensgedanken sind auch nicht ein Moment aufgetaucht, im Gegenteil! Der Zar hofft fest auf den Sieg zu Lande, sollte auch noch Jahre dazu erforderlich sein. Der Krieg beansprucht jährlich 300 bis 350 Millionen Rubel, die allemal noch zu beschaffen sind. Selbst von der Volksvertretung, die vor dem Herbst wohl kaum einberufen werden dürfte, wird am Jarenhofe ein Votum für die Fortsetzung des Krieges mit aller Bestimmtheit erwartet. Ein Friedensschluß dürfte nach Ansicht der leitenden Kreise auf die inneren Zustände des Landes viel verheerender und demoralisierender wirken als die Fortsetzung des Krieges, der zu Lande absolut nicht aussichtslos sei.

— Frankreich. Gutem Vernehmen der „Königlichen Zeitung“ zufolge hat Frankreich tatsächlich seinen Botschafter in Petersburg beauftragt Rußland zu verstehen zu geben, daß Frankreich bereit sei, als Friedensvermittler zu dienen, falls die russische Regierung zu erkennen gäbe, daß ihre Schritte Frankreich in dieser Richtung willkommen gäbe, daß ihr Schritte Frankreich auf diese französische Andeutung bis jetzt mangels eines Entschlusses des Zaren noch keine Antwort gegeben. Die französische Diplomatie möchte, daß Frankreich, als dem Verbündeten, die Rolle der Friedensvermittlung zufiele, daß Amerika ihm nicht zuvorzöge, abgesehen von dem politischen Interesse, das auch Frankreich, wie man oft genug französischerseits geäußert hat, an der Wiederherstellung des Friedens hat. Angeblich ist die französische Diplomatie deshalb auch mit den Vereinigten Staaten in Besprechungen eingetreten.

— Paris, 6. Juni. Im heutigen Ministerrat gab Delcassé unter Hinweis auf die Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen ihm und seinen Kollegen in betreff der auswärtigen Politik ergeben haben, seine Demission. Ministerpräsident